

**Massenloyalität.
Zur Aktualität der Sozialpsychologie Peter Brückners**

Klaus-Jürgen Bruder

I. Kulturelle Kluft

Die Aktualität Peter Brückners zu behaupten erscheint wie eine Provokation: Viele, die ihn nicht kannten, oder die seine Schriften nicht gelesen hatten, aber auch die, die ihn zwar von damals kannten, aber heute wieder lesen müssten oder gelesen haben, verstehen ihn heute nicht – nicht mehr, sagen sie: »So kann man das heute nicht mehr sagen!«

Es scheint, eine tiefe Kluft trennt uns heute von ihm. Seine Art zu schreiben, zu denken, seine Begriffe, seine Herangehensweise an die Probleme wirken wie aus einer anderen Welt; keiner macht das mehr so, schreibt so, benutzt seine Begriffe, denkt wie er.

Und gleichzeitig ist er so nötig wie kein anderer, wird seine Herangehensweise an die Probleme, werden seine theoretischen Zugänge und Einsichten dringend gebraucht heute, wenn man das Heute verstehen will – verstehen, um es zu verändern –, seine Methode des Eingreifens in wissenschaftliche Diskurse, seine politische Haltung – als die eines Bürgers im Sinne von Citoyen, nicht eines Bourgeois.

Ich behaupte, es liegt am Graben, der uns heute von der Zeit von '68 trennt: kein bloß zeitlicher Abstand oder generationelles Aus-der-Mode-gekommen-Sein, sondern eine kulturelle Kluft.

»Public happiness«, der Begriff, den Peter Brückner für den Zustand öffentlichen Glücks in der Zeit um '68 verwendet hat, beschreibt zumindest einen Teil dieser kulturellen Differenz.

Diese Kluft hat sich nicht einfach ergeben durch das Älterwerden der 68er oder die Heraufkunft einer neuen Generation, die die Alten beiseite drängt. Diese Kluft wurde hergestellt, »politisch gewollt« wie man heute sagt, durch die »Rückkehr der Macht in die Regelung der zwischenmenschlichen Verhältnisse« erzwungen (Bruder 2012).

Durch wurde das, was Peter Brückner, seine Theorie, Methode und seine Haltung als Intellektueller auszeichnet, entwertet, den Heutigen verschlossen.

Gleichwohl erscheinen sie mir – Theorie, Methode und Haltung des Citoyen Peter Brückner – für uns heute unverzichtbar, haben wir ein Erbe anzutreten (wie es Derrida 1993 für Marx formuliert hat), indem wir erst einmal zu erfassen versuchen, was sie damals bedeuteten, um zu erkennen, was wir heute brauchen und was uns heute fehlt.

II. Massenloyalität

Man kann das sehr gut am Begriff der »Massenloyalität« darstellen. Was meinte Peter Brückner damals? Inwiefern hilft uns heute dieser Begriff und die Analyse, die ihn hervorgebracht hat?

»Massenloyalität« ist einer der zentralen Begriffe der »Sozialpsychologie des Kapitalismus« Brückners, die er zur Erklärung der Wirkungen von Macht heranzieht, meint: das »reflexartige Unterwerfungsverhalten der Massen-Population unter Gesetze und sittliche Normen« (Brückner/Krovoza 1972, S. 46).

Sie zeigt sich in der Tendenz der Bevölkerung zum Wohlverhalten, zum Desengagement, zur politischen Apathie, zur Konformität (ebd., S. 76).

Diese erlauben eine »gewaltlose Steuerung und Kontrolle der Bevölkerungsmassen« (ebd., S. 74). Insofern ist Massenloyalität die notwendige »Ergänzung« der »Machtbasis der Staaten« (ebd., S. 130).

So ungreifbar, wie das Phänomen – und deshalb so schwammig der Begriff, so fundamental ist dieses Phänomen für das Problem der Herrschaft und ebenso schwer zu verstehen: Man könnte es Unterordnung nennen, die nicht also solche erlebt wird. Bevor sich an diesem Phänomen nichts ändert, wird sich an unserer gesellschaftlichen, politischen Situation nichts ändern.

III. Multitudo

Bei dem Begriff der »Masse« muss man nicht unbedingt an Le Bon denken. Schon eher an Negri und seinen Begriff der »Multitudo«. Und damit auch an das Spontane, Unberechenbare, das nicht Kontrollierbare oder Dirigierbare, das sich in den »massenhaften« Aktionen der 68er Jahre zeigte, die die Staatsgewalt verblüfften.

»Massenloyalität« verweist darauf, dass es sich nicht um eine Haltung Einzelner handelt oder um eine vereinzelte Haltung, sondern um eine Haltung zumindest von Teilen der Bevölkerung, wenn auch nicht ihrer Gesamtheit. Gleichzeitig wird mit diesem Begriff auf eine klare – etwa klassenmäßige – Abgrenzung der gemeinten Bevölkerungsteile verzichtet.

Gerade dieses Diffuse, schwer zu Fassende, das dem Begriff der »Massenloyalität« innewohnt, macht seine Brauchbarkeit aus, wo eine präzisere Zuordnung in der Realität nicht möglich ist.

Massenloyalität ist gerade das, was die kulturelle Kluft ausmacht, die uns von der Zeit trennt, in der Brückner geschrieben hat. Und: Diese Kluft, dieser Graben wurde aufgerissen durch den Versuch des Staates, die schwindende Massenloyalität zurückzuholen, wiederherzustellen.

Und das genau macht auch unser Problem heute aus: das zu beschreiben und zu verstehen, dem gerade der Boden zum Verstehen entzogen worden ist durch das, was wir verstehen wollen/verstanden haben müssen, wenn wir unsere Situation heute verändern wollen.

Brückner andererseits, der seine Situation damals aufmerksam beobachtete und analysierte, konnte aus der Reaktion des Staats schließen, welche Bedeutung die Loyalität der Bevölkerung für diesen hat(te): er konnte sie als (eine der) Stützen der Macht erkennen – jene Stütze der Macht, die die Bevölkerung selbst der Macht zur Verfügung stellt.

»Diese *Abschwächung von Massenloyalitäten* gefährdet den Unterbau der Herrschaftskulturen und ihres Rechtsstaats in einer Weise, auf die viele Einrichtungen der sogenannten gewaltlosen Steuerung und Kontrolle der Bevölkerungsmassen nicht vorbereitet, für die sie nicht gemacht sind – die wachsende Divergenz von Institution hier und ökonomischen sowie sozialen Prozessen dort kann nur noch *gewaltförmig* gezähmt und unter erneute Kontrolle staatlicher Gewalt gebracht, den überlieferten bürgerlichen Verkehrsformen wieder unterstellt werden« (ebd., S. 72).

IV. Stütze der Macht

Massenloyalität, weil in jener Zeit aufgebraucht, musste – wenn sie denn als eine der Stützen der Macht für diese unverzichtbar ist – wiederhergestellt werden.

Honecker hatte seine Bananen. Das funktionierte in der BRD nicht mehr – weil die Bananen bereits ausgeteilt worden waren, was als »wachsende Zufriedenheit« der BRD-Bevölkerung der 50er Jahre der DDR gegenüber vorgezeigt werden konnte.

Und weshalb die Loyalität aus politischen Gründen in der BRD am Schwinden war: Vietnam-Krieg, Notstandsgesetze, NS-Vergangenheit des politischen Personals – dem war nicht mit Orangen (oder auch Bananen) beizukommen.

Der politisch motivierten Illoyalität ist nicht mit ökonomischen Zugeständnissen zu begegnen. Gegen sie gibt es – unter der Voraussetzung, dass ökonomische Zugeständnisse nicht möglich sind bzw. nicht wirken – nur Repression.

Repression, Gewalt wirkt. Wie wir aber am Beispiel Brückners sehen konnten, ist die entscheidende Wirkung die auf die Anderen, die mit ihr nicht direkt und handgreiflich konfrontiert sind, die sie vielmehr sehen können, wie sie am herausgehobenen Einzelnen exemplarisch exekutiert wird.

»Volkspädagogik« nannte Brückner diese Methode, Loyalität zu erzeugen: indem an herausgegriffenen Einzelnen vorgeführt wird, was denen blüht, die illoyal zu werden sich einfallen ließen. Brückner hat sie selbst erlebt, als an ihm das Exempel statuiert wurde, als »Pädagogik« für diejenigen, aus deren Reihen er herausgegriffen worden war, denen er etwas zu sagen hatte und für die er stand: die Linken, die APO, die Studenten und alle, denen die reflexhafte Subordination abhanden zu kommen drohte oder bereits abhanden gekommen war.

V. Innerstaatliche Feinderklärung

Brückner hat dies als »innerstaatliche Feinderklärung« analysiert.¹ Den Begriff hat Brückner von Carl Schmitt übernommen, der behauptet hatte, der Staat bestimme sich als politische Einheit und als souverän in seinem Gewaltmonopol durch den inneren (absoluten) Feind, den er setzt.

Der »absolute Feind« war für den konservativen Staatstheoretiker Schmitt (1923) der Kommunismus – aber durchaus auch jede andere politische Bewegung, die auf eine Umverteilung von Eigentum an den Produktionsmitteln und eine politische Emanzipation der *Arbeiterklasse* abzielt.

Brückner sieht, dass der Kreis des absoluten Feindes (vom Staat) zugleich ausgedehnt wird auf (von diesem Staat) schwerer Definierbares: nämlich Anarchie, Nachlassen bestimmter Massenloyalitäten, Schwäche des reflexartigen Unterwerfungsverhaltens der Massen-Population unter Gesetze und sittliche Normen.

Das Prinzip der innerstaatlichen Feinderklärung ist es, Illoyalität exemplarisch zu bestrafen – also nicht die »Masse«, die illoyal ist, sondern - stellvertretend – den Einzelnen, der durch den Staat selbst bzw. durch die Presse herausgegriffen wird.

Herausgegriffen, weil er sich dafür eignet, gerade wenn er die Masse zu repräsentieren scheint, für sie spricht, ihre Forderungen und Vorstellungen artikuliert.

VI. Gesetzesloyalität

Brückner hat das Vorgehen zur Herstellung von Massenloyalität verglichen mit der Herstellung von Gesetzesloyalität, das heißt der Bereitschaft, Gesetze, gesetzlich geregelte Normen des zwischenmenschlichen Verkehrs, wie selbstverständlich hinzunehmen und zu (be-)achten, sie fast reflexartig zu befolgen (ebd., S. 83f.).

¹ Heute nennt Fülberth (2012) sie »staatliche Feindproduktion«.

Auf ihr, auf dieser Gesetzesloyalität riesiger Populationen, beruht die Ordnung in einer Herrschaftskultur, der soziale Friede in den Bevölkerungsmassen der Klassengesellschaft (ebd., S. 84). Die Macht der Staatsgewalt, kriminelle Handlungen zu verfolgen und zu bestrafen, wird erst auf der Folie jener grundlegenden Loyalität wirksam (ebd.).

Diese Sicht erinnert heute an Foucault, mit dem Brückner in Kontakt stand und der sich zur selben Zeit, also etwa ab 1971, im Rahmen der *Groupe d'information sur les prisons* mit der Situation der Insassen der französischen Gefängnisse auseinander gesetzt hatte.

Beide sahen die Normalität des Funktionierens des bürgerlichen Staates vor dem Hintergrund seines Vorgehens gegen die Illoyalität.

Brückner erklärte darüber hinaus die konkrete Form dieses Umgangs mit Illoyalität: die Form der »innerstaatlichen Feinderklärung« als Ausdruck der Schwäche des Staats (ebd., S. 45f., 72).

Tatsächlich handelt es sich um eine Krise der »Einrichtungen der sogenannten »gewaltlosen Steuerung und Kontrolle der Bevölkerungsmassen« – nicht um eine Krise der »Steuerung und Kontrolle der Bevölkerungsmassen« überhaupt. Vielmehr konnte der Staat »sein Macht-Monopol nach wie vor energisch nutzen: wie Brückner feststellen musste: immer noch kann er *unterdrücken*« (ebd., S. 74).

Das heißt (aber auch): Der Staat musste offenlegen, dass sein anscheinend gewaltloses Funktionieren auf Gewalt aufbaut, die nur versteckt ist – versteckt in der Loyalität, der Zustimmung der Bevölkerung – und deshalb, wenn die Zustimmung (Loyalität) schwindet, sofort wieder aus dem Versteck geholt werden kann.

VII. Innerstaatliche Feinderklärung heute

Und: Gewalt, wenn sie vorgeführt wird, funktioniert (immer noch). Das konnte man in dieser Zeit sehen, davon konnte man sich überzeugen: Die Distanzierung vom Opfer der staatlichen Inszenierung und dessen Verleugnung bis hin zum Wechsel der Seite, zur Verurteilung des Vorgeführten sowie das Ergebnis dieser „Wende“ können wir heute beobachten: Der Staat kann sich (fast) alles erlauben – so scheint es zumindest: Der Protest der Bevölkerung hält sich in den Grenzen, innerhalb derer er kaum Wirkung erzielt.

Wenn man die Kampagnen gegen einzelne Bevölkerungsgruppen betrachtet – nicht nur gegen Linke, sondern auch gegen Hartz-IV-Empfänger, gegen Angehörige der muslimischen Religion,

gegen »Ausländer« aus nichtwestlichen Ländern –, kann man nicht behaupten, es würde niemand mehr zum Staatsfeind erklärt, bzw. als solcher behandelt, nämlich ausgeschlossen.

»Kampagnen« scheinen oft von Einzelnen angezettelt, z.B. Sarrazin, Sloterdijk; aber auch TV-Sendungen wie die vorwiegend am Nachmittag ausgestrahlten Hartz-IV-Sendungen gehören zu den Kampagnen. Die Methoden sind vielfältig und erlauben eine ununterbrochene Fortsetzung: Wenn man sich nur einmal anschaut, wie die Partei Die Linke behandelt wird, ob im Parlament oder in den Medien. Es reicht von unmäßiger, haltloser Verunglimpfung bis hin zur schamlosen Missachtung, Benachteiligung, Ungleichbehandlung. Offen wird erklärt, dass die Partei durch den Staatsschutz überwacht wird und obwohl ihr keinerlei terroristische Aktivitäten nachgewiesen werden können, werden ihr solche einfach zugeschrieben, während gleichzeitig eine rechtsradikale Mörderbande über zehn Jahre lang ungestraft und ungehindert unter den Augen des Staatsschutzes operieren konnte. Kann man in der Behandlung der Linkspartei nicht eine Erklärung zum Staatsfeind erkennen?

Auch die Verurteilung der DDR, die geradezu feldzugmäßigen Versuche, jegliche Erinnerung an die ehemalige DDR, den ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden, auszulöschen,² ja sie zu kriminalisieren, als Unrechtsstaat, Diktatur bis hin zur Gleichsetzung mit dem faschistischen, dient demselben Zweck, die Linke zu isolieren, zu »gettoisieren« und die Mehrheit der Bevölkerung in Loyalität zu jenem Staat zu versammeln, der ihr zur gleichen Zeit nach und nach alle demokratischen Errungenschaften zerschlägt, sie ungebremst enteignet, und seiner Verfügung unterwirft.

Der Skandal besteht darin, dass das alles heute nicht mehr empört, ja dass dies nicht mehr beim Namen genannt werden darf: als »innerstaatliche Feinderklärung«. Das Denkverbot, das mit jeder weiteren Anmaßung des Staates verstärkt wurde, hat seine Wirkung getan, sodass heute nicht mehr so gedacht und geredet werden kann, wie Peter Brückner es noch konnte, dass man die Begriffe nicht mehr benutzen darf, ohne in den Hof des Verdachts zu kommen, das zu sein, wogegen Peter Brückner immer war, geredet und geschrieben hat: ein »altideologischer« (Deutschlandfunk, 27.02.12), ein »orthodoxer« dogmatischer Marxist, ein heillos verbohrtter Ewiggestriger.

Doch zur Herstellung der heutigen Situation von Anmaßung und Denkverbot führte nicht die Suspendierung Brückners allein, sondern viele andere, andere Personen und Gruppen, die Illoyalität organisierten (nicht nur die RAF, auch die DKP, der SDS - den es nach der Selbstauflösung des Bundesverbandes nur noch in Heidelberg gab) wurden zu Staatsfeinden

² Brandenburgs CDU-Fraktionschefin Saskia Ludwig verlangt von der Landesregierung detaillierte Auskünfte über DDR-Symbole. Es bestehe Aufklärungsbedarf über die zahlreichen Schulen, Sportstadien und öffentliche Einrichtungen des Bundeslandes, die noch heute Namen aus der Zeit der SED-Diktatur trügen, begründete Ludwig ihre Anfrage. Ludwig hat insgesamt 24 Fragen an die Landesregierung gerichtet. Sie will unter anderem wissen, wie viele Kitas, Schulen und Sportanlagen zwischen 1949 und 1990 sowie ab 1990 umbenannt wurden. Auch fragt sie nach, welche Einrichtungen noch heute Namen von Kommunisten tragen. Die Regierung soll ferner angeben, wie viele sowjetische Kriegsdenkmäler zu DDR-Zeiten aufgestellt wurden. Dazu will Ludwig wissen, ob solche Denkmäler nach 1990 saniert wurden und welche Kosten dies verursachte (dapd/jW 15.12.2011, S. 1: »CDU will nach DDR-Symbolen fahnden«).

erklärt und entsprechend sichtbar und drakonisch bestraft: mit den damals sogenannten »Berufsverboten« belegt.

Laut Deutschem Historischen Museum waren davon 10.000 Bewerber für den Staatsdienst betroffen (vor allem Lehrer, aber auch Post- und Bahn-Beamte) – überwiegend wegen Mitgliedschaft in der DKP oder ihr nahestehenden Organisationen. 130 Personen wurden entlassen. Die DKP spricht von 265. Eine lange Geschichte – lang, weil aus vielen Wiederholungen derselben Methode bestehend: dem »Erklären«, Herausgreifen und Kriminalisieren von »Rädelsführern«.

In Bayern gibt es das immer noch: Seit Jahren werden Bewerbern für den öffentlichen Dienst besondere Fragebögen vorgelegt. Darin müssen sie angeben, ob sie Verbindungen zu Organisationen wie der Linkspartei unterhalten. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt will die Linkspartei selbst verbieten (Knoche 2012, S. 1).

Allerdings bedeutet die Behandlung als Staatsfeind nicht, dass damit Illoyalität getroffen (bestraft) wird. Heute scheinen die Erklärungen zu Staatsfeinden und die Kampagnen gegen diese eher vorauseilend, prophylaktisch: um von der »Krise« abzulenken oder weil die Erklärenden mit der Bevölkerung noch einiges vorhaben.

VIII. Zynismus der »politischen Klasse«

Das eigentlich Beeindruckende ist heute: Es gibt durchaus vielerlei Protest, zum Teil unter breiterer Beteiligung unterschiedlicher (auch »bürgerlicher«) Schichten – gegen Stuttgart 21, gegen Gorleben als Endlager des Atom-Mülls, gegen den Afghanistan-Krieg –, dem aber eine fast geschlossene Front von Politikern und Journalisten gegenübersteht, die ungerührt »weitermachen« und ihr Weitermachen propagandistisch verkünden bzw. verteidigen. Ihre Haltung des Zynismus, der Kälte und Entsolidarisierung denen gegenüber, die aus dem oben beschriebenen Zustand von Erleichterung der materiellen Lage und Zufriedenheit, dem sozialen Wohlstands-Frieden herausgefallen sind, reicht bis in weite Teile der Intelligenz überhaupt.

Dieses Ergebnis belegt die groß angelegte, inzwischen zehnjährige Studie *Deutsche Zustände* von der Forschergruppe um Wilhelm Heitmeyer von der Universität Bielefeld. Bei den von Heitmeyer Befragten kann von nachlassender Loyalität gegenüber den Herrschenden keine Rede sein. Im Gegenteil: Sie zeigen sich unbeeindruckt von einer Politik, die nicht nur objektiv gegen

die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung gerichtet ist, sondern sogar gegen deren geäußerte Meinung.

Und Heitmeyer bleibt nicht bei der Feststellung dieses beschämenden Zustandes stehen, sondern zeigt zugleich auf die Ursachen: Die von SPD und GRÜNEN entwickelten Hartz-IV-Reformen werden als ein zentraler Bestandteil einer menschenfeindlichen Entsolidarisierung der Gesellschaft thematisiert. »Insbesondere in Bezug auf Langzeitarbeitslose und Hartz-IV-Empfänger plädiert man für Leistungskürzungen. Im Sinne des Kapitals und im Einklang mit dem ökonomistischen Denken werden diese Menschen als nutzlos etikettiert«, schreibt Heitmeyer schon in seinem einleitenden Kapitel der *Deutschen Zustände* (2012, S. 27).

Die Reichen und Mächtigen sind (wieder) anmaßend, übermäßig geworden. Allein im letzten Jahr ist der Anteil des Kapital-Einkommens um 30% gestiegen, während das Lohn-Einkommen, das Einkommen der Mehrheit der Bevölkerung, um 4% gefallen ist (wie Lafontaine nicht müde wird, immer wieder zu erinnern).

Berücksichtigt man, dass nachgewiesenermaßen die wachsende ökonomische Ungleichheit zur Ungleichheit der Lebenschancen führt, der unterschiedlichen Aussicht von Gesundheit und Krankheit und ihrer Behandlung bis hin zur Verkürzung der Lebensdauer (Wilkinson/Pickett 2009), kann man von einer Brutalisierung des »Klassenkampfes von oben« sprechen.

Vielleicht ist das auch zu bedenken, wenn man über die »Proteste« der Bevölkerung spricht: Sie richten sich gegen Stuttgart 21 und gegen die atomare Bedrohung, aber nicht gegen Hartz IV – als ob mit wachsender Ungleichheit die Solidarität fällt, und gleichzeitig die Ignoranz der Gutverdienenden und Bessergebildeten steigt. Auch die Privatisierung stört sie nicht länger, solange sie damit ihre eigenen Universitäten aufmachen können. Haben sie – die Gutverdienenden und Bessergebildeten – mit Gauck ihren Präsidenten gefunden, wie Jutta Ditfurth meint, die ihn den »Prediger für die verrohende Mittelschicht« nennt.³

IX. Schockstrategie

Aus der heutigen Situation heraus ist es unvorstellbar, dass es einmal eine Zeit gegeben hat, in der eine politisierte Öffentlichkeit die Verhältnisse ökonomischer Ungleichheit, Benachteiligung und Entrechtung angeprangert hat und zwar in einer Weise und mit einer Wirkung, auf die der Staatsapparat, das politische System nicht eingerichtet waren (Brückner & Krovoza 1972, S. 79), sodass »die Machtebene des Staats, der Verwaltung, [...] ein Stück weit unwirklich« geworden war.

Nun ist sie – die Machtebene des Staats – wieder real geworden. Wie ist es dazu gekommen? Das ist eine der zentralen Fragen, die wir heute an Peter Brückner stellen – an seine Theorie, aber auch an seine Person, sein Verständnis nicht nur von politischer Theorie, sondern auch vom Handeln des Theoretikers – als engagiertem Bürger (auf der Seite der Emanzipation, oder des Widerstreits), denn er hat diese Entwicklung miterlebt, unter Einsatz seiner eigenen Person.

³ <http://www.trend.infopartisan.net/trd0212/t470212.htm> 22.02.2012

Indem er selbst zum Staatsfeind erklärt worden war, herausgehoben, von seinem Lehrauftrag entbunden (suspendiert), hat er die Wiederherstellung der »stabilisierenden und apathisierenden Kraft« (ebd.) vieler Institutionen, die Stütze der Machtebene des Staats, der Verwaltung, miterlebt – zunächst an der Universität, in der Distanzierung der Kollegen, die weitere Entwicklung der Wende(n) in der außeruniversitären politischen Öffentlichkeit voraussehend.

Die politisch herrschende Klasse hat damit die Initiative wieder zurückgewonnen, die sie vorübergehend verloren hatte und sie hat sie bis heute inne; Brückner nannte sie »reaktionäre Offensive« - nicht mit der Suspendierung Brückners allein, sondern mit einem ganzen »Katalog« von Eingriffen, Erlassen und Gesetzesänderungen, in den diese Suspendierung eingebettet war und von dem sie einen Teil darstellt: vom bereits erwähnten Berufsverbot, über die »technokratische« »Reform« der Universität und des Studiums, die Zensur linker Verlage und Maßregelung unbotmäßiger Journalisten, die Privatisierung zunächst der Medien, die Übertragung von Polizeiaufgaben an den Bundesgrenzschutz, die Militarisierung sozialer Strukturen.

Diese »reaktionäre Offensive« – 1978 sprach Brückner auch (wie später Jean Ziegler) von »Re-Feudalisierung« (Brückner 1978, S. 120)⁴ – war nicht auf Deutschland beschränkt, sondern man erlebte sie überall dort, wo die Loyalität der Bevölkerung gelockert war: im Frankreich des Mai 1968, im Amerika der Bürgerrechtsbewegung, im SU-Reich des Prager Frühlings und die USA führten ihre Kriege gegen Befreiungsbewegungen nach ihrer Niederlage in Vietnam unbeirrt, wenn auch unter dem Deckmantel von CIA-»Contras« weiter: Chile usw.

»Chile« sollte das Modell werden für die Durchsetzung des sogenannten Neoliberalismus – Unterdrückung, die zunächst nicht als solche zu erkennen ist, nicht als Absicht sondern als »Folge« erscheint, als Folge des Zusammenbruchs der Lebensbedingungen, der Ökonomie (Naomi Klein: »Schockstrategie«) und die daher als Befreiung daherkommt, als »Freisetzung« im klassischen Sinne, um daraus eine handverlesene Auswahl Kooperations- bzw. Unterwerfungsbereiter und Hochleistungsmotivierter zur »Elite« zu erklären, bzw. zu privilegieren: die (Wieder-)Herstellung der Loyalität nicht mehr der Massen, sondern der »Elite«, bei denen die »Einrichtungen der gewaltlosen Steuerung und Kontrolle« noch bzw. wieder funktionieren sollten.

⁴ »Die deutschen Besonderheiten: Staat und Obrigkeit behalten ein Stück quasi-dynastischer Salbung, der Staat als Daseinsvorsorge bleibt Vater, auch Monarch, die Behörden neigen zur Reifeudalisierung von Verhältnissen« (Brückner 1978, S. 120).

Das Modell »Chile« wurde zunächst in anderen Ländern der sogenannten Dritten Welt angewandt und jetzt, nachdem es sich bei der sogenannten Abwicklung der DDR für die westdeutsche Bourgeoisie bewährt hat, soll es auf Europa ausgedehnt werden (s. Simon 2011).

Inzwischen sind fast ein Viertel aller EU-Bürger von Verelendung und sozialer Ausgrenzung bedroht. »Die Armut wird europaweit ausgedehnt« – so z.B. der Psychologe Georg Rammer, Attac-Mitglied in Karlsruhe, der seit 35 Jahren mit Familien in schwierigen Verhältnissen arbeitet (Düperthal 2012, S. 2).

Aber auch in Deutschland haben 1% der Bürger 24% – wenn man die Milliardäre dazurechnet, die aus den offiziellen Statistiken ausgeschlossen sind, sogar 36% – des Vermögens, während die andere Hälfte, nämlich 50% gar keines besitzen oder Schulden haben.

Es klingt zynisch, hier von Massenloyalität zu sprechen. Loyalität sicher nicht der Bevölkerung des betroffenen Landes, z.B. jetzt: der Griechen. Aber durchaus: der Deutschen, angesichts der Griechen. (Und bereits die Möglichkeit des Lohndumping, die die Voraussetzung für den deutschen Exportüberschuss darstellt, ist ein Ausdruck von hoher Loyalität).

Die Behauptung, die Griechen hätten »über ihre Verhältnisse gelebt« wird – von den Deutschen – bereitwillig angenommen (ebenso wie 20 Jahre vorher von der westdeutschen Bevölkerung angenommen worden war, die DDR sei marode und deshalb könne man alles abräumen).

Und auch in Griechenland fehlt die Spaltung der Bevölkerung zwischen »Eliten« und »Massen« nicht. Naheliegender, dass deshalb auch die erpresserische Politik gegen »Griechenland« funktioniert, denn die »Eliten« bleiben dabei weitgehend ungeschoren. Nicht nur die deutschen Banken, auch die griechischen müssen ihr Geld erst in Sicherheit gebracht haben, bevor »Griechenland« Pleite gehen darf – auch in diesem Fall auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung.

Für die Deutschen geben die Griechen die Rolle des Exempels ab, das ihnen vorführt, wie es auch ihnen gehen kann, wenn sie nicht der Regierung folgen, die zum Sparen bläst (und damit eindeutig, in jedermanns Augen sichtbar, die Sozialleistungen meint, die Löhne, die Krankenversorgung usw., die Lebenskosten, den Preis für ein gutes Leben).

Auch dies kann man durchaus (mit Brückner) als »Volkspädagogik« bezeichnen: die Methode, Loyalität zu erzeugen, indem an anderen vorgeführt wird, was denen blüht, sollten sie sich einfallen lassen, nicht loyal zu bleiben.

Denn: Die von der deutschen Regierung in den Krisenländern vorangetriebenen Kürzungen drohen auch, die Beschäftigten in Deutschland rückwirkend zu treffen. Die Exportaufträge gehen zurück. Es droht der wirtschaftliche Rückgang. Spätestens dann wird auch die Lohnentwicklung verschärft unter Druck geraten. »Lohnstopp, Lohnverzicht!« – das wird der Schlachtruf der Unternehmer und der Journaille sein, um die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland wieder zu stärken (Michael Schlecht, Chefvolkswirt Bundestagsfraktion Die Linke, 09.02.2012).

Inzwischen räumt auch Norbert Walter (ehem. Deutsche Bank) ein, dass es bei der »Eurokrise« nicht um Griechenland geht und eine Rettung überhaupt nicht angestrebt wird, sondern darum,

dass Deutschland über eine Fiskalunion die Wirtschafts- und Finanzpolitik der gesamten Eurozone diktieren kann (NY Times 12.02.2009).

Zuletzt warnen sogar IWF und Weltbank vor den – ökonomischen – Folgen dieser Rücksichtslosigkeit: vor einer »harten Rezession in der Eurozone«. »Einige der Maßnahmen, mit denen Berlin die Krise bewältigen zu wollen vorgibt, nutzen vor allem den wohlhabenden Staaten der EU, darunter Deutschland«(<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58255> vom 01.02.2012).

Dort vor allem den Reicheren und Reichen, aber die Bevölkerung von Deutschland selbst kann sich auch zu den Profiteuren rechnen, zumindest steigert es ihr nationalistisches Selbstbewusstsein - wenn »Deutschland« »stark dasteht«. Der Nationalismus der Deutschen wird zusätzlich (oder ursächlich?) durch die nationalistische Propaganda von Regierung und Medien hoch gepuscht: »Europa lernt Deutsch« titelte die *Welt am Sonntag* vom 10./12. Februar 2012.

Und das richtet sich in der Folge natürlich gegen alle, die gegen die rücksichtslose Strangulierung der europäischen Konkurrenz ihre Stimme erheben, in erster Linie wiederum gegen die Linke.

X. Rolle der Medien

Damit kommen wir zur Rolle der Medien: Die Medien leisten bei dieser »Volkspädagogik« eine nicht unwesentliche Hilfe. Sie spielen eine zentrale Rolle in der Darstellung, dem Vorführen des Exempels, des zum Staatsfeind Erklärten. Diese Aufgabe ist die der Medien, besonders des Fernsehens, denn es geht ja um Vorführen, Zeigen, um die Ebene des Scheins und der Erscheinung, der Phänomene.

Peter Brückner hat schon früh darauf immer wieder hingewiesen (für einen Psychoanalytiker sehr früh) – kein Wunder: die Springer-Kampagne, der Höhepunkt der Studentenbewegung – Brückner hat dazu auch ein Gutachten geschrieben (s. *Kritische Justiz*); er hat die Arbeit als Journalist als Kritische Psychologie verstanden (s. *Konkret*).

Und die Medien sind für diese Aufgabe des Vorführens auch deshalb zentral, weil sie es sind, die die Vorführung dem Bürger erst nahebringen: nämlich in die Wohnzimmer bringen – in erster Linie wieder das Fernsehen.

Dort treffen sie den Bürger gar als »Menschen« – die Merkelsche Bezeichnung ist gar nicht so daneben: Dort, wo der Bürger nur noch Mensch ist, soll er getroffen werden; dort, wo er seiner politischen Wirkungsmöglichkeit entkleidet und seiner Teilhabe in einer diskutierenden Öffentlichkeit beraubt ist, will sie ihn erreichen, sollen die Medien ihre Botschaft »vermitteln«, sich an seinen Tisch setzen. Tyrannei der Intimität hat Sennett das genannt – Tyrannei *über* die Intimität und *mittels* der Intimität wäre allerdings treffender.

Darin, dass die Medien mit dem Zeigen etwas anderes verstecken (was sie nicht zeigen) (Bourdieu 1996), hat das Register der Lüge, das gegenwärtig Konjunktur hat, die Bedingungen seiner Möglichkeit (Bruder 2009) – und ebenso darin, dass wir auf die Medien angewiesen sind, auf ihre Berichte über Ereignisse, bei denen wir nicht anwesend waren und (daher) gleichzeitig nicht in der Lage sind, diese Berichte zu überprüfen.

Und gerade deshalb bleibt uns nichts anderes übrig, als ihnen zu glauben, zu vertrauen. Vertrauen wird heute wieder als Vorleistung gefordert, noch bevor wir die Möglichkeit haben, die Erfahrung zu machen, dass wir vertrauen können – ja, gerade, weil unsere tatsächliche Erfahrung die gegenteilige gewesen ist.

»Freiheit nur bei Vertrauen in die Regierung« könnte man die Parole unseres neuen Präsidenten nennen.

Der politischen Klasse scheint das Vertrauen in ihre vertrauensbildenden Maßnahmen abhandengekommen. Also fordern sie Vertrauen, statt sich des Vertrauens würdig zu erweisen, sie glauben nicht mehr an die unbegrenzten Möglichkeiten der Beeinflussung durch die Medien, der Meinungsmache, der unsichtbaren Steuerung und Kontrolle.

Die Rolle der »Volkspädagogik« ist damit noch nicht ausgespielt: Zwar sind es nicht die Medien, durch die der Integrationszusammenhang der Massenloyalität gestiftet wird. Aber sie sind der Vermittlungspunkt des gesellschaftlichen Zusammenhalts: indem sie zeigen, was sie (zuerst) ausgewählt haben, interpretieren (erklären), was sie zeigen, uns die Argumente geben, denen wir zustimmen können – die Rationalisierungen für unsere Entscheidung, Haltung, Meinung, für unsere Loyalität, wie wir am Beispiel des Zynismus der sogenannten Eliten beobachten.

Aus der Perspektive der Medien betrachtet ist Massenloyalität nichts anderes als die Übernahme ihrer Darstellung, Argumente, Perspektive, Zustimmung zu ihrem Diskurs, zu dem von ihnen uns vermittelten Diskurs der Macht.

Der Diskurs der Macht: das, was die Medien uns vorführen. Sie reproduzieren ständig die Ideologie der »Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham« (Marx, MEW 23, 1969, S. 189), indem sie die »Abweichung« von der Idealität der Parolen als Versagen des einzelnen darstellen.

Und die Realität bestätigt das »Versagen« – im Erleben des Einzelnen, denn: die »Realität« ist nicht die der Parolen. Letztlich aber bestätigt nicht die Realität das Versagen, sondern die Medien: indem sie die Parolen der bürgerlichen Revolution – »Freiheit«, »Gleichheit« – in kapitallogische umformulieren: »Eigenverantwortlichkeit« – Unterwerfung unter ökonomische Imperative (mit der Behauptung, alle hätten dieselbe Chance) –, ebenso »Leistungsgerechtigkeit« (statt »Verteilungsgerechtigkeit«). Und, wie wir bei der Gelegenheit des 300. Geburtstages von

Friedrich von Preußen erleben müssen, schämen sich die Medien-Matadore nicht einmal, den feudalistischen Untertanengeist uns wieder schmackhaft zu machen.

Überhaupt ist die apologetische Funktion von Kultur in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Die Ausstellungskataloge, die einmal Kompendien materialistischer Geschichtsanalyse gewesen waren, kann man nicht mehr lesen! Hier drückt sich Loyalität selbstgefällig aus, hier wird sie verstärkt, zum guten Teil mitproduziert.

XI. Faschismus überflüssig

Hatte Brückner 1971 noch angenommen: die »Rekonstruktion des autoritären Staats«, dem »die Setzung eines innerstaatlichen Feindes dient«(e), sei darin begründet (gewesen), dass dieser »sich gegenüber den von Widersprüchen zerrissenen gesellschaftlichen Beziehungen und der schwindenden Massenloyalität nicht mehr anders zu behaupten« wisse (Brückner & Krovoza 1972, S. 85).

So hat man heute den Eindruck, dass weder Unwissen noch Unfähigkeit das politische Handeln bestimmen, sondern Absicht – die sich allerdings als »alternativlos« angesichts der anonymen Mächte der »Märkte« darstellt: die entschiedene Strategie mit der »Krise« die »systemverändernden« Pläne durchzuziehen (»Schockstrategie«) und sich gleichzeitig auf die »Folgen« vorzubereiten, indem sie den Überwachungsstaat präventiv »aufrüsten«.

Was heute als »Postdemokratie« bezeichnet wird (Crouch 2004), hatten Brückner und Agnoli 1968 bereits als »Transformation der Demokratie« analysiert: Die politischen Entscheidungen werden der demokratischen Kontrolle entzogen, in den Absprachen der »Experten« und den »Regierungen« der »Technokraten« entschieden, im »inneren Kreis« aus Abgeordneten und Vertretern der Konzerne und Verbände. Die demokratischen Institutionen werden ihres politischen Inhalts entleert.

Diese »Transformation der Demokratie« geht weiter als das, was mit dem Begriff des »Lobbyismus« erfasst wird. Die aktuell letzte Stufe wäre die Regierung durch nicht gewählte sogenannte Experten, das heißt durch Banker wie in Griechenland und Italien. Das ist das Goldman-Sachs-Projekt: Goldman sorgt für Rat für die Regierungen und sorgt für das Finanzgeschäft, indem es seine Leute in die Regierung setzt oder Leute mit Jobs aus der Regierung holt. Das Projekt, heißt es, schaffe einen so engen Austausch zwischen Leuten, Ideen

und Geld, dass es nicht mehr möglich ist, zwischen öffentlichem Interesse und den Interessen von Goldman Sachs zu unterscheiden (s. Lieb 2012).

1971 hatte Brückner bereits festgestellt: Da verändern sich Demokratien in ihrem Herrschaftsapparat und ihren Steuerungstechniken so, dass zumindest Teilziele demokratisch zu realisieren sind, für die man früher offenen Faschismus benötigte: Ausschaltung der Massen aus der Politik, Verhinderung der Emanzipation der Arbeiterklasse, Restriktion in den Bildungsprozessen von Bewusstsein, die Chance mit staatlicher Hilfe den Fortbestand der Ausbeutung zu garantieren...

Damit, so Agnoli (1968, S. 12), mit der Zerstörung der Demokratie, zerstört die westliche Gesellschaft die »Grundlage der geschichtlichen Rechtfertigung des Kapitalismus gegenüber allen Revolutionsbestrebungen«.

Die parlamentarisch-demokratischen Staaten suspendieren nicht nur die Demokratie, sie machen den Faschismus überflüssig.

XII.

Ich hoffe, mein Versuch, am Beispiel des Begriffs der Massenloyalität nicht nur die historische Rationalität, sondern zugleich auch die Aktualität der Sozialpsychologie Peter Brückners zu zeigen, war geeignet, die Perspektive unserer Tagung zu öffnen:

Nämlich: Brückner nicht zu »historisieren«, ins Museum zu sperren, sondern zu aktualisieren, für unsere Gegenwart wieder lebendig zu machen, in die aktuellen Diskurse hereinzuholen. Nicht die schlechteste Aktualisierung wäre: »Ach, lernen wir lieber griechisch!«

Literatur

- Agnoli, Johannes (1968): Die Transformation der Demokratie. In: Agnoli, Johannes & Brückner, Peter: Die Transformation der Demokratie. Frankfurt/M. (Europäische Verlagsanstalt), S. 5–87.
- Boltanski, Luc & Ève Chiapello (1999): Le nouvel Ésprit du Capitalisme. Paris. (Éditions Gallimard). [dt.: Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz (UVK Verlagsgesellschaft) 2003].
- Bourdieu, Pierre (1996): Sur la télévision. Liber – Raison d’agir. [dt.: Über das Fernsehen. Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1998].
- Bruder, Klaus-Jürgen (1980): Wurde denn noch Theorie gebildet? Sonderheft zu Peter Brückner. P&G 1980. Gießen (Focus Verlag), 5–17.
- Bruder, Klaus-Jürgen (1982): Psychologie als Versuch, politisch zu verstehen. Zum Tode Peter Brückners. Psychologie heute Juli 1982, 77–79.

- Bruder-Bezzel, Almuth (1984): Sympathie mit der Unreife. Die Rolle der Jugend im politischen Denken Peter Brückners. P&G 29/30(8), 5–16.
- Bruder-Bezzel, Almuth & Bruder, Klaus-Jürgen (1995): Peter Brückner, vorgestellt von Almuth Bruder-Bezzel und Klaus-Jürgen Bruder. Journal für Psychologie 3(2), 54–65.
http://web.fu-berlin.de/postmoderne-psych/texte/peter_brueckner.htm
- Bruder, Klaus-Jürgen (2005a): Selbstthematization. Journal für Psychologie Jg. 13(Heft 3), 189–211.
http://www.ssoar.info/ssoar/files/jfp/Jour305_jfp_2005/Jour305_jfp_2005_1_Artikel.pdf
- Bruder, Klaus-Jürgen (2005b): Das Unbewusste, der Diskurs der Macht. In: Buchholz, Michael & Gödde, Günter (Hg.): Macht und Dynamik des Unbewussten – Auseinandersetzungen in Philosophie, Medizin und Psychoanalyse, Bd. II, Gießen (Psychosozial-Verlag), S. 635–668.
- Bruder, Klaus-Jürgen (2006): Die Freudsche Erzählung von Ödipus als Mythos der Macht. In: Bruder, Klaus-Jürgen & Bruder-Bezzel, Almuth (Hg.): Individualpsychologische Psychoanalyse. Frankfurt/New York (Peter Lang), S. 163–183. http://web.fu-berlin.de/postmoderne-psych/texte/bruder_die_freudsche_erzaehlung.htm
- Bruder, Klaus-Jürgen (2007): La condition postmoderne – est-ce qu'elle est passée? Eine Zeitdiagnose. In: Gestalttherapie 21(1), 3–23. <http://www.foucault.de/macht.htm>
- Bruder, Klaus-Jürgen (2009): Die Lüge: das Kennwort im Diskurs der Macht. In: Bruder, Klaus-Jürgen & Voßkübler, Friedrich (2009): Lüge und Selbsttäuschung. Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht). Reihe: Philosophie und Psychologie im Dialog: Jüttemann, Gerd & Christoph Hubig (Hg.), S. 7–66 u. 112–130.
- Bruder, Klaus-Jürgen (2010a): S₂/S₁ Keynote zum Panel: »Immer die gleiche Soße? Zur Produktion und Reproduktion von Diskursen in den Massenmedien«. In: Dege, Martin; Grallert, Till; Dege, Carmen & Chimirri, Niklas (Hg.) (2010): Können Marginalisierte (wieder) sprechen? Zum politischen Potential der Sozialwissenschaften. Gießen (Psychosozial-Verlag), Reihe: Psychologie & Postmoderne. S. 281–300.
- Bruder, Klaus-Jürgen (2010b): »...wirst Du mich dreimal verleugnen« – Skizze zur Politischen Psychologie. Journal für Psychologie 18(1). www.journal-fuer-psychologie.de/jfp-1-2010-07.html
- Bruder, Klaus-Jürgen (2010c): Die Kontinuität des bewussten Diskurses – biographisches Interview und psychoanalytisches Gespräch. In: Griese, Birgit (Hg.): Subjekt – Identität

- Person? Reflexionen zur Biographieforschung. Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften), S. 73–92.
- Bruder, Klaus-Jürgen (2011): Sprache? Sprechen! Diskurs. Journal für Psychologie 19(1). <http://www.journal-fuer-psychologie.de/jfp-1-2011-07.html>
- Bruder, Klaus-Jürgen (2012): Macht Kontrolle Evidenz. Vorstellung des Themas des Kongresses »Macht – Kontrolle – Evidenz«. Psychologische Praxis und Theorie in den gesellschaftlichen Veränderungen. In: Bruder, Klaus-Jürgen; Bialluch, Christoph & Leuterer, Bernd (Hg.): »Macht – Kontrolle – Evidenz«. Psychologische Praxis und Theorie in den gesellschaftlichen Veränderungen. Gießen (Psychosozial-Verlag).
- Bruder-Bezzel, Almuth & Bruder, Klaus-Jürgen (1984): Jugend. Psychologie einer Kultur. München (Urban & Schwarzenberg).
- Brückner, Peter (1967): Die Transformation des demokratischen Bewußtseins. In: Agnoli, Johannes & Brückner, Peter (Hg.): Die Transformation der Demokratie. Berlin (Europäische Verlagsanstalt).
- Brückner, Peter (1972): Zur Soziapsychologie des Kapitalismus. Sozialpsychologie der antiautoritären Bewegung I. Frankfurt/M. (Europäische Verlagsanstalt).
- Brückner, Peter & Krovoza, Alfred (1972): Staatsfeinde. Innerstaatliche Feinderklärung in der BRD. Rotbuch 40. Berlin (Wagenbach).
- Brückner, Peter (1978): Über Krisen von Identität und Theorie. Konkursbuch 1, 39–60.
- Brückner, Peter (1978): Versuch, uns und anderen die Bundesrepublik zu erklären. Berlin (Wagenbach).
- Brückner, Peter (1980): Das Abseits als sicherer Ort. Kindheit und Jugend zwischen 1933 und 1945. Berlin (Wagenbach).
- Crouch, Colin (2004): Post-Democracy. Cambridge (Polity Press). [dt.: Postdemokratie. Frankfurt/M. (Suhrkamp) 2009].
- Derrida, Jacques (1993): Spectres de Marx. Paris. [dt.: Marx' Gespenster: Der verschuldete Staat, die Trauerarbeit und die neue Internationale. Frankfurt/M. (Fischer) 1995].
- Düperthal, Gitta (2012): »Die Armut wird europaweit ausgedehnt«. Fast ein Viertel aller EU-Bürger ist von Verelendung und sozialer Ausgrenzung bedroht. Ein Gespräch mit Georg Rammer (Junge Welt vom 13.02.2012)
- Flassbeck, Heiner: The words »class war« may be unfashionable, but it is still a battle between labor and capital«
- Fülberth, Georg (2012): Staatliche Feindproduktion. Zur Praxis der Berufsverbote. Junge Welt 28.01.2012, S. 10.
- Heitmeyer, Wilhelm (2010): Deutsche Zustände. Folge 9. Frankfurt/M. (Suhrkamp).
- Heitmeyer, Wilhelm (2012): Deutsche Zustände. Folge 10. Frankfurt/M. (Suhrkamp).
- Kertész, Imre (2002): Roman eines Schicksallosen.
- Klein, Naomi (2007): »Schockstrategie«. Frankfurt/M (Fischer).
- Knoche, Mirko (2012): Freistaat gegen links. Junge Welt 01.02.2012, S. 1.

- Kronauer, Martin (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt/M., New York (Campus) 2002; 2. aktualisierte und erweiterte Auflage 2010.
- Lieb, Wolfgang (2012): Hinweise des Tages. Nachdenkseiten vom 14.02.2012
- Marx, Karl (1867): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. [MEW 23. Berlin (Dietz Verlag) 1969].
- Schmitt, Carl (1923): Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. München, Leipzig (Duncker & Humblot).
- Simon, Gabriela (2011): Schockstrategie für Europa. Freitag, 18.12.2011.
- Wilkinson, Richard & Pickett, Kate (2009): »Gleichheit ist Glück«. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Aus dem Englischen von Edgar Peinelt u. Klaus Binder. Hamburg (Tolkemitt bei Zweitausendeins).